

Unterausschuss Jugendhilfeplanung**Sachstand zur Thematik Kooperation Jugendhilfe – Schule unter besonderer Berücksichtigung der Umsetzung von Schulsozialarbeit im Kontext der Bekämpfung von Schulverweigerung**

Vorlage für die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Ausschuss für Bildung, Schule und Sport

Als Handlungsfeld des jugendpolitischen Programms „BIB- Magdeburg“ wurde u. a. die Erarbeitung einer Strategie zur Erhöhung der Wirksamkeit schulischer und sozialpädagogischer Handlungsansätze in den Förderzentren Mitte, Nord und Süd sowie an der Berufsbildenden Schule für Jugendliche mit Förderbedarf definiert. Die schrittweise Implementierung von Schulsozialarbeit in die Förderzentren der Stadt im Zeitraum von 2006 bis 2008 hat zur Umsetzung dieser Zielstellung beigetragen. 2008 wurden ca. 1.300 Schüler/-innen im Rahmen von Hilfen im Einzelfall und ca. 5000 Schüler/-innen im Rahmen von sozialpädagogischer Gruppenarbeit gefördert sowie mit ca. 700 Eltern gearbeitet.

2008 wurde ein „regionales Gesamtkonzept zum Arbeitsfeld Kooperation Jugendhilfe-Schule in der LH MD“ erarbeitet, in welchem eine Analyse regionaler und schulbezogener Faktoren zur Ableitung von Prioritäten für die Auswahl von Schulsozialarbeit-Standorten vorgenommen wurde (Anlage 1 – die Vorstellung des Gesamtkonzeptes erfolgte im Juni 2008 im Unterausschuss). Alle mit Priorität belegten Standorte sind seit Februar 2009 durch das landesweite ESF-Programm „Schulerfolg sichern“ mit Schulsozialarbeit versorgt worden (vgl. Anlage 2).

Übersicht der Schulen mit Schulsozialarbeit in Magdeburg (ohne Schulen in freier Trägerschaft):

Schulformen	Schulen in MD gesamt	Schulen mit SSA gesamt	dav. 2010 BIB-Progr.	2010 ESF-Progr.
Grundschulen	33	3	1	2
Förderschulen - f. Lernbehinderte - m. Ausgleichskl. - Körperbehinderte - Sprachheilschule - f. Geistigbehinderte	4 1 1 1 3	4 1	4	1
Sekundarschule	10 (incl. Abendschule)	8 + 1 päd. MA	3	5

Integrierte Gesamtschule (IGS)	2	2		2
Gymnasien	5	1		1
Berufsbildende Schulen (BbS)	4	1		1
Gesamt	61	20 (+1)	8	12

Zu den Projekten des ESF-Programms gehören die Netzwerkstelle „Schulerfolg“, die Schulsozialarbeitsprojekte sowie die initiierten bildungsbezogenen Angebote, z. B. Patenschaftsprogramme, geschlechtsspezifische Projekte, Projekte zum sozialen Lernen und Fortbildungsangebote für Pädagogen/-innen und Sozialarbeiter/-innen, welche von engagierten freien Trägern in Kooperation mit Schule umgesetzt werden.

Der Arbeitskreis „Kooperation Jugendhilfe- Schule“, an dem Vertreter/-innen aller freier Träger, welche in Magdeburg Schulsozialarbeit umsetzen, teilnehmen, wird gemeinsam vom Jugendamt und der Koordinatorin der Netzwerkstelle des ESF- Programms thematisch vorbereitet und umgesetzt. Es werden gemeinsam Veranstaltungen durchgeführt, welche dem kontinuierlichen Informationsfluss, dem Erfahrungsaustausch sowie der Bearbeitung inhaltlicher Thematiken dienen. Ziel ist u. a. die Nutzung von Ressourcen auf Grund von Spezialisierungen durch individuelle Qualifikationen sowie Trägerprofile.

Die Aufgaben bzw. Tätigkeiten von Schulsozialarbeit sind sehr vielfältig (vgl. Anlage 3). Aus dem Beispiel der BbS „H. Beims“ wird deutlich, dass mit der Schule gemeinsam die Handlungsbedarfe erarbeitet und konkrete Maßnahmen abgeleitet wurden (vgl. Anlage 4). Die Schulsozialarbeiterin muss ihre Arbeit auf Schüler/-innen des BVJ, BGJ und der einjährigen BFS ausrichten (Vorgabe des ESF-Programms). Gleichzeitig hat dieser Bereich den größten Anteil an Schulverweigerern.

Auf Grund der Vielfalt des Aufgabenspektrums müssen Schulsozialarbeiter/-innen Prioritäten setzen, die sich nach der Bedarfslage der jeweiligen Schule, nach den eigenen Fähigkeiten und Spezialisierungen sowie nach den Möglichkeiten und Partnern in der Schule richten.

Nach wie vor gibt es auf Landes- und auf kommunaler Ebene keine verlässliche Statistik zur Schulverweigerung. Ausgewertet werden die Zahlen der Ordnungswidrigkeitsverfahren bei Schulpflichtverletzungen sowie die Fehlzeitenstatistik der Schulen mit Schulsozialarbeit.

Die Reduzierung der Zahl von Schulbummelanten / Schulverweigerern ist u. a. auch ein Ziel von Schulsozialarbeit an den Schulen. Hier werden in Zusammenarbeit mit den Lehrer/-innen im Rahmen von Hilfen im Einzelfall sowie durch die Erarbeitung von Handlungsstrategien an den Schulen Ideen und Vorschläge entwickelt, wie man dem Phänomen der Schulverweigerung entgegenwirken kann. Als wirkungsvolles Beispiel sei hier die Einführung eines Meldesystems, d. h. die tägliche Überprüfung der Anwesenheit von Schüler/-innen und sofortige Kontaktaufnahme mit dem Elternhaus bei fehlender Anwesenheit an einigen Schulen (z. B. SEK „Thomas Müntzer“), genannt. Die Schulsozialarbeiter/-innen an den Schulen leisten durch verschiedene methodische Handlungsansätze, u. a. soziale Kompetenztrainings, Seminare zur Gruppenfindung, Stärkung der Arbeit von Schülersprechern, Ausbildung und Begleitung von

Schülermediatoren, einen Beitrag zur positiven Entwicklung des Schulklimas und wirken damit auch dem Phänomen der Schulverweigerung entgegen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass u. a. durch Schulsozialarbeit an den Schulen der Blick für die Thematik der Schulverweigerung geschärft und eine besondere Sensibilisierung der Lehrkräfte erreicht wird. Auf Grund verschiedenster Handlungsansätze, wie z. B. der Einführung eines Meldesystems, um frühzeitig zu reagieren oder eine engere Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt, nimmt automatisch die registrierte Anzahl der Schulverweigerer an diesen Schulen zu. Dadurch kann es zu dem Phänomen kommen, dass an Schulen mit Schulsozialarbeit besonders viele Schulverweigerer gemeldet sind (z.B. hat die Salzmannschule seit 2006 Schulsozialarbeit und 2009 wurde die höchste Rate Schulverweigerer der Förderschulen registriert). Das bedeutet jedoch nicht, dass es an anderen Schulen keine Schulverweigerung gibt sondern, dass sie dort nicht (konsequent) gemeldet werden. An den Berufsschulen und speziell im Berufsvorbereitungsjahr tritt dieses Phänomen dann verschärft zu Tage, obwohl an den Sekundarschulen auch schon gebummelt bzw. Schule verweigert wurde.

Dem Problem der Schulverweigerung kann nur begegnet werden, wenn die verschiedenen Professionen an einer Schule (Lehrer, Sozialpädagogen, MA Stadtdienst, Polizei) mit einer gemeinsamen und auch langfristig angelegten Strategie tätig werden. Wenn an einer Schule der Blick für die Problematik der Schulverweigerung nicht geschärft und der Wille für weitreichende Veränderungen in Bezug auf ein einheitliches und abgestimmtes Handeln nicht vorhanden sind, kann allein durch Schulsozialarbeit im Hinblick auf die Zielgruppe der Schulverweigerer keine positive Entwicklung erreicht werden.

Weil die Ursachen und die Formen der Schulverweigerung so vielfältig und individuell sind, müssen auch die Herangehensweisen zur Bekämpfung facettenreich sein. In der Landeshauptstadt Magdeburg werden deshalb unterschiedlichste Handlungsstrategien verfolgt. Neben Schulsozialarbeit sind das u. a. folgende:

- Seit 10 Jahren bestehen neben Projekten der Schulsozialarbeit auch zwei spezielle Angebote für Schüler/-innen, die massiv die Schule verweigert haben. Dabei handelt es sich um das Projekt „Reintegrationsklasse mit besonderem Hortangebot – RIK-H“ für die Zielgruppe der 10 – 14 Jährigen (Träger IB) und das Projekt „Werk-Statt-Schule“ für Schulverweigerer ab dem 9. Schulbesuchsjahr (Träger JA).
- Das „Produktive Lernen“ an den SKS „Goethe“ und „Leibnitz“ hat sich ebenfalls als alternative Schulform und präventives Angebot bewährt.
- Ausgewählte Schulen haben besondere Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt hinsichtlich zeitnaher Schulzuführungen getroffen.
- In dem Modellprojekt „COMMUNIS“ konnten wertvolle Erfahrungen, u. a. zu Verfahrenswegen und statistischer Erfassung der Schulverweigerer gesammelt werden. Leider fehlten die Rahmenbedingungen, um dieses Projekt für die Stadt zu erhalten und weiterzuführen.
- Seit März 2009 findet auf regionaler Ebene für die Region Olvenstedt ein regelmäßiger Austausch zwischen den Beteiligten vor Ort statt (Schulen, Schulsozialarbeiter/-innen, Mitarbeiter/-innen aus dem Sozialzentrum, Stadtdienst, Netzwerkstelle für Schulerfolg und Mitarbeiterin der Jugendförderung des Jugendamtes).
- Im Rahmen des ESF-Programms gegen Schulversagen -Baustein „Bildungsbezogene Angebote“- wird derzeit ein Projekt in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Familienverband und drei Schulen im Sozialraum Südost mit dem Ziel des frühzeitigen Reagierens bei Schulabwesenheit umgesetzt.

Von besonderer Bedeutung für ein vernetztes Handeln bei der Bekämpfung der Schulverweigerung in der LH MD ist seit 2009 das Wirken der „Netzwerkstelle Schulerfolg“ des Deutschen Familienverbandes S/A e. V. (DFV).

Die „Netzwerkstelle Schulerfolg“ trifft zur o. g. Thematik folgende Einschätzung:

„Nach einem Jahr intensiver Arbeit in den Schulen mit Lehrer/-innen, Schüler/-innen und Eltern sowie weiteren Institutionen ist es erschreckend, wenn Pressemitteilungen aufzeigen, dass sich die Zahl der „Schulschwänzer“ erhöht hat und Magdeburg den Titel als „Spitzenreiter“ erhält. Diese Zahlen dürfen aber nicht unkommentiert bleiben. Eine Erklärung für den zahlenmäßigen Anstieg kann sein, dass durch eine Auseinandersetzung der Schulen mit dem Thema Schulverweigerung und der sozialpädagogischen Arbeit ein Problembewusstsein geschaffen wurde, um zeitnah auf das Fernbleiben von Schüler/-innen zu reagieren. Dazu arbeiten Schulsozialarbeiter/-innen, Schulleitungen, Jugendamt sowie Netzwerkstelle „Schulerfolg“ in Arbeitskreisen und regionalen Arbeitsgruppen u. a. mit dem Ordnungsamt zusammen. Angestrebt wird ein weiterer Ausbau der sozialraumorientierten Vernetzungstreffen, um ein tragfähiges Helfernetzwerk für die Kinder und Jugendlichen umzusetzen und von bewährten Kooperationen zu lernen. Für Kooperation und Vernetzung braucht es zeitliche und inhaltliche Ressourcen der beteiligten Akteure in Ämtern und Behörden sowie Schulen. Neben der intervenierenden Arbeit an Schulen ist ein großer Teil der Arbeit die Prävention von Schulversagen, d. h. die Entwicklung eines Handlungskonzeptes, welches langfristig für Schulerfolg in Magdeburg sorgen soll. Dazu wird eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt angestrebt.“

Zu den erhobenen Zahlen lassen sich beispielhafte Evaluationen, welche die Ausprägung von Gewalt an Schulen untersuchten, anführen. Diese haben ergeben, dass an Schulen, die sich mit dem Thema Gewalt und Umgang mit Konflikten durch die Einführung von z. B. Mediationsprogrammen, Lehrer/-innenfortbildungen stellten, die Wahrnehmung von Gewalt geschärft hat. Im Vergleich zu Schulen ohne eine aktive Beschäftigung mit dem Thema wurde dann festgestellt, dass es ein erhöhtes Aufkommen von Gewalt „gezählt“ wurde. Für uns heißt das, um erhobene Zahlen zu untersetzen, zum Beispiel auch in Schulen qualitative Erhebungen mit Schüler/-innen, Lehrer/-innen, Eltern durchzuführen.

Schulerfolg von den Schüler/-innen abhängig zu machen, ist aus unserer Sicht einseitig. Die Gelingensbedingungen des erfolgreichen Lernens sind vielfältig und von verschiedenen Faktoren abhängig. Dazu braucht es in und um Schule einen Willen, sich dem Thema inhaltlich zu widmen und auch die entsprechenden Rahmenbedingungen.

In den Handlungsempfehlungen des Bildungskonvents Sachsen-Anhalt ist Schulsozialarbeit als integraler Bestandteil von Schule festgeschrieben. Es ist wichtig, wenn es um die Nachhaltigkeit und den Bestand der Schulsozialarbeit geht, als Stadt eine Stellung zu beziehen. Die Magdeburger Bildungskonferenz war ein Ansatz, der intensiviert werden muss, mit Inhalten untersetzt und konsequent verfolgt werden sollte. Dabei will die Netzwerkstelle „Schulerfolg“ unterstützen.“

Zusammenfassend schätzt die Verwaltung des Jugendamtes ein, dass sich in der LH MD gute Voraussetzungen für ein vernetztes Handeln von sozialpädagogischen Fachkräften und Lehrer/-innen entwickelt haben. Schwierigkeiten resultieren jedoch immer wieder aus strukturellen Rahmenbedingungen im System Schule, welche von den Fachkräften vor Ort nicht beeinflusst werden können (z.B. Einführung des gemeinsamen Unterrichtes mit Förderschülern ohne ausreichende Absicherung der besonderen Anforderungen; zu wenig Schulpsychologen; Schulzusammenlegungen, keine flexiblen Stundenkontingente für Lehrer). Aus diesem Grund muss die Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt und dem Kultusministerium dringend intensiviert werden. Insgesamt sind in dem o. g. Kontext und zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes auch die Ergebnisse der Bildungskonferenz zu berücksichtigen.